

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

Vergabenummer

Vergabeart

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Offenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> Beschränkte Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Nichtoffenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> Freihändige Vergabe | <input type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren |
| <input type="checkbox"/> Internationale NATO-Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog |

Baumaßnahme

Leistung

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bewerber*)
<input type="checkbox"/> Bieter*)
<input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft*)
<input type="checkbox"/> Nachunternehmer*)
<input type="checkbox"/> anderes Unternehmen*) | |
|---|--|

~~Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen~~

€
€
€

~~Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorlegen.~~

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 3 Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei Angebotsabgabe werden wir 3 Referenzen mit nachfolgenden Informationen angeben:

Objekt, Objektgröße, Leistungsart, Ausführungszeitraum, Auftraggeber, Ansprechpartner,

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die Referenzbescheinigungen bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

*) zutreffendes ankreuzen

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die o.g. Angaben bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

- Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen.
 Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeamt, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
 Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsera Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen

Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), Geldwäsche (261 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (326 StGB),

die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht

gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes, § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind oder
 gem. § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 des Arbeitnehmerentendengesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragzahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse¹, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes² sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen auch nach nochmaliger Anforderung nicht vollständig innerhalb der Nachfrist von 6 Kalendertagen vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)³

¹ soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

² soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

³ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

Eigenerklärung zur Eignung bei VOL Vergabeverfahren

Vergabenummer:

Eigenerklärungen des Bieters gemäß Punkt 11 der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Eintragung in die Präqualifizierungsdatenbank **PQ VOL** mit der Zertifikatsnummer:

Öffentliche Ausschreibung/Offenes Verfahren:

Stimmen die in Punkt 3 des Formulars „Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes“ geforderten Angaben mit den Eintragungen in Präqualifizierungsdatenbank überein, so wird PQ VOL akzeptiert. Fehlende Angaben sind in dieses Formular Eigenerklärung VOL einzutragen.

Angaben über den Umsatz des Unternehmens in den letzten _____ abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind:

Jahr	<input type="text"/>	Umsatz brutto	<input type="text"/>
Jahr	<input type="text"/>	Umsatz brutto	<input type="text"/>
Jahr	<input type="text"/>	Umsatz brutto	<input type="text"/>

Referenzen über die Ausführung vergleichbarer Leistungen (bitte auch Ansprechpartner mit Telefonnr. angeben):

Referenz 1: _____

Referenz 2: _____

Referenz 3: _____

Weitere Eigenerklärungen

Ich/Wir erkläre(n), dass über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet bzw. die Eröffnung weder beantragt noch dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.

Ich/Wir befinde(n) mich/uns nicht in Liquidation.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Sozialbeiträgen nachgekommen bin/sind.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

Bei Widersprüchen zwischen den Anforderungen in der Eigenerklärung und der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes gelten vorrangig die Festlegungen in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes.

Bieter

Datum, Unterschrift:

Erläuterungen zu Eigenerklärungen bei nationaler und EU-weiter Vergabe

1. Nach **§ 6 Abs. 3/§ 7 EG Abs. 1 der VOL/A 2009** dürfen zum Nachweis von Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) nur Unterlagen und Angaben gefordert werden, die durch den Gegenstand des Auftrags gerechtfertigt sind.
Grundsätzlich sind Eigenerklärungen zu verlangen. Die Forderung von anderen Nachweisen als Eigenerklärungen haben die Auftraggeber in der Dokumentation zu begründen. Die Entscheidung über die konkret zu verlangenden Nachweise steht im Ermessen des Auftraggebers.
2. Nach den **Erläuterungen zur Änderung der VOL/A** werden Eigenerklärungen insbesondere zur Zuverlässigkeit für Behörden des Sicherheits- oder Verteidigungsbereichs bei Leistungen, die über den täglichen Bedarf hinausgehen in der Regel nicht ausreichen. Dies gelte insbesondere in den Fällen des § 100 Abs. 2 d) und e) GWB (geheime Sicherheitsmaßnahmen), aber auch für sensible Dokumente, die nicht für geheim erklärt worden sind. Hier reicht als Begründung ein Bezug auf Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben aus. Der Bezug müsse allerdings aus der Begründung hervorgehen bzw. nachvollziehbar sein.
3. Nach § 6 Abs. 3 Nr.2 VOB/A sind Eigenerklärungen von den Bietern, die in die **engere Wahl** kommen, durch entsprechende Bescheinigungen zu bestätigen. Nach der Regelung in der VOL/A ist es auch denkbar, dass zusätzlich zu den Eigenerklärungen Bescheinigungen von dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, mit entsprechender Begründung nachträglich gefordert werden. Dies ist aber nur möglich, wenn es keine zeitlichen Schwierigkeiten gibt.
4. Es wird darauf hingewiesen, dass jetzt auch im VOL-Bereich ein **Präqualifizierungsverfahren** angeboten wird. Das Präqualifikationsverfahren ist dezentral nach Bundesländern organisiert. Die Präqualifizierung nehmen Industrie- und Handelskammern oder die von ihnen getragenen Auftragsberatungsstellen vor. Die Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich kann unter www.pq-vol.de aufgerufen werden.
5. **Folgende Eigenerklärungen** sind neben den Erklärungen in den Musterformularen "024_112 - Angebot (national)/024_113 - Angebot (EU-Vergabe)" denkbar:

Ich/Wir erkläre(n), dass

- über mein/unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinde(n).
- ich/wir keine Verfehlungen begangen habe(n), die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, insbesondere ich/wir mich/uns nicht an Preisabsprachen beteiligt habe/n bzw. beteiligen werden.

-

-

Entsprechende Nachweise können auf Verlangen vorgelegt werden.

Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle unzutreffender Erklärungen vom Wettbewerb ausgeschlossen werden kann/können.

(Unterschrift)

Ergänzende Erklärungen bei EU-Ausschreibungen:

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir nicht rechtskräftig verurteilt worden bin/sind nach den §§ 129, 129a, 129 b (Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen) und nach den §§ 261, 263, 264 Strafgesetzbuch, Artikel 2 § 2 Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung sowie § 370 Abgabenordnung (Geldwäsche, Betrug, Bestechung u. a.).
- die von mir/uns für die Leistungen eingesetzten Personen die für die Leistungen erforderlichen beruflichen Befähigungen haben.

-

(Unterschrift)

Verpflichtungserklärung zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns gemäß § 19 Abs. 3 Satz 1 Alt. 2, Abs. 1 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Für den

(Angabe des Vertrages mit Datum)

verpflichtet sich

(Angabe des Auftragnehmers mit Adresse)

gegenüber

Stadt Oelsnitz/Vogtl.

Markt 1

08606 Oelsnitz/Vogtl.

(Angabe des Auftraggebers mit Adresse)

die jeweils gültigen Vorschriften des Mindestlohngesetzes einzuhalten.

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Ausführung des o. g. Vertrages bzw. Auftrages, dass er innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland
 - die Vorschriften des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes einhält und
 - bei seinen Beschäftigten bzw. der Nachunternehmer bei seinen Beschäftigten, die in den Anwendungsbereich des Mindestlohngesetzes fallen, mindestens den derzeit geltenden gesetzlichen Mindestlohn zahlt.

Der Auftragnehmer bestätigt, dass er nicht wegen eines Verstoßes gemäß §§ 19, 21 MiLoG (z. B. Pflicht zur Zahlung des Mindestlohnes) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,00 EUR belegt worden ist.

- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, zum Beweis der in Abs. 1 enthaltenen Verpflichtungen entsprechende Nachweise zu verlangen. Bei Nichtvorlage der entsprechenden Nachweise ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen einzubehalten.
- (3) Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen die Pflichten dieser Erklärung, so ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen und vom Auftragnehmer Schadensersatz und eine ggf. vereinbarte Vertragsstrafe zu verlangen. Der Auftraggeber ist zudem berechtigt, den Teil der noch nicht vollendeten Leistung durch einen Dritten ausführen zu lassen.

Schadensersatzansprüche wegen weitergehender Schäden bleiben ausdrücklich vorbehalten.

- (4) Sollte der Auftraggeber zukünftigen Haftungsansprüchen oder staatlichen Sanktionsmaßnahmen ausgesetzt sein, die durch einen Verstoß des Auftragnehmers gegen diese Verpflichtungserklärung entstehen, erklärt er sich bereit, dem Auftraggeber alle daraus entstehenden Schäden zu ersetzen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Ort, Datum

eigenhändige Unterschrift,
ggf. Vollmacht

Nachweis der Objektbesichtigung

Die anbietende Firma ist verpflichtet, vor Abgabe des Angebotes, die zur Reinigung ausgeschriebene Einrichtung zu besichtigen.

Der Termin erfolgt in telefonischer Absprache (03 74 21 / 73 – 118, Herr Winkler) mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Oelsnitz/Vogtland.

Wir möchten Sie bitten, die Seite 2 (Bestätigung) zur Objektbesichtigung mitzubringen, diese ist in der Einrichtung von einer befugten Person zu unterschreiben und dem Angebot beizufügen.

Objektbesichtigung

Hiermit bestätigen wir, dass ein Vertreter der Firma

an der Besichtigung folgender Objekte im Rahmen der Ausschreibung für Reinigungsdienstleistungen teilgenommen haben.

Objekt	Datum der Besichtigung
Kita Kinderlachen	

Datum, Ort, Unterschrift, Stempel

Eigenerklärung zur Objektbesichtigung

Ich erkläre hiermit mich umfassend

1. über das Umfeld des Objektes und den damit im Zusammenhang stehenden Schmutzeintrag,
2. die Anzahl der Zuwege die zu den Eingängen des Objektes führen und über die Beschaffenheit der Schmutzfangzonen / Abtreter,
3. die im Inneren des Objektes herrschenden Bedingungen hinsichtlich des Überstellungsgrades der Bodenflächen und deren Beschaffenheit,
4. die Beschaffenheit des Mobiliars und der sonstigen Gegenstände der Raumausstattung,
5. die Anzahl und Beschaffenheit der Wasserentnahme- und Entsorgungsstellen und die damit im Zusammenhang stehenden Wegezeiten,
6. die Lage und Beschaffenheit der zur Verfügung stehenden Putzräume,
7. den Gesamtzustand des Objektes in Hinblick auf die durchzuführende, Grundreinigung entsprechend der Anforderungen aus dem LV Grundreinigung
8. die bau und Wegefreiheit für die Glasreinigung,

informiert zu haben.

Ort, Datum

eigenhändige Unterschrift,
ggf. Vollmacht

Folgende Nachweise sind zusätzlich zu den Eigenerklärungen zu erbringen und den Angebotsunterlagen beizufügen:

- Referenzliste (Angabe des Auftragsvolumen, der Zeit, Ansprechpartner des Auftraggebers, Objekt)
- Nachweis über die Form des Qualitätsmanagements
- Nachweis der beruflichen Qualifikation

Folgende Nachweise sind auf Nachforderung (innerhalb von sieben Werktagen → nach Mitteilung der beabsichtigten Vergabe) vorzulegen

- Handelsregisterauszug
- Gewerbeanmeldung
- Zugehörigkeitsbescheinigung IHK o. Handwerkskammer
- Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- Bescheinigung der Krankenkasse über lückenlose Beitragsentrichtung
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über lückenlose Beitragsentrichtung
- Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung/ Berufshaftpflichtversicherung